

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

24.11.2022

Inhalt

EWN

1 LNG-Spezialschiff erreicht Mukran <i>Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung, 24.11.2022</i>	3
2 Klimastiftung: Rot-Rot blockiert die Aufklärung <i>Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung, 24.11.2022</i>	5
3 Zehn-Punkte-Plan für Energiesicherheit: Union fordert Rückkehr zur Atomkraft <i>Ostsee-Zeitung.de, 24.11.2022</i>	6

📰 Ostsee-Zeitung - Rügener Zeitung | 24.11.2022 | S. 9

📄 Auflage: 10.113 | Reichweite: 20.202

👤 Anne Ziebarth

FLÜSSIGGAS

LNG-Spezialschiff erreicht Mukran

Die „Neptune“ wird hier auf ihren Einsatz in Lubmin vorbereitet. Doch noch fehlen Genehmigungen.

Ein kleiner Schubs, ein sanfter Zug - fast zärtlich manövrierten die vier Bugsierschiffe rund um das Riesenschiff, dann war es gegen 14 Uhr vollbracht. Die „Neptune“, ein Spezialschiff zur Umwandlung von verflüssigtem Erdgas in den gasförmigen Zustand, hat ihren Platz im Mukraner Hafen eingenommen. Damit ist es das erste Schiff dieser Art, was in Deutschland zum Einsatz kommen kann. Und zugleich das größte Schiff, was jemals den Hafen Mukran angelaufen ist.

Im Hafen von Mukran wird das knapp 300 Meter lange Schiff nun auf die Weiterfahrt nach Lubmin vorbereitet, wo es für die Firma Regas als Regasifizierungsschiff im Hafen arbeiten soll. Das Prinzip: Flüssiggas, sogenanntes LNG, wird von einem rund sieben Kilometer vor Rügen stationierten Ladeschiff über kleinere Transportboote in den Hafen von Lubmin gebracht. Hier docken die Shuttles an der „Neptune“ an. Diese erwärmt das flüssige Gas, bis es gasförmig wird, so dass es über einen Anschluss in die vorhandenen Erdgas-Leitungen an Land eingespeist werden kann. Doch wann es nun wirklich losgehen kann, stand auch am Mittwoch noch nicht fest.

Als ambitioniertes Startdatum für das schwimmende Flüssiggasterminal in Lubmin hatte sich das Unternehmen Regas den 1. Dezember gesetzt, damit wäre der Betrieb der erste in Deutschland, vor anderen Standorten wie etwa Wilhelmshaven oder Brunsbüttel. Ob das tatsächlich klappt, hat Regas allerdings nicht in der Hand. „Wir sind bereit und haben alle technischen Voraussetzungen geschaffen“, sagt der Regas Aufsichtsratsvorsitzende Stephan Knabe. „Die Bundesnetzagentur hat uns bereits grünes Licht gegeben. Nun warten wir noch auf Genehmigungen, unter anderem die Entscheidung der EU-Kommission, die die Entscheidung der Bundesnetzagentur bestätigt.“ Prüfungen und Genehmigungen seien ohne Zweifel ein wichtiger Teil, meint Knabe. „Aber es wäre schön, wenn wir bald zu Potte kommen können.“

Kritisiert wird das Vorhaben zuletzt vor allem von der Umwelthilfe (UHI), die zuletzt die Landesregierung aufgefordert hatte, die Einfahrt der „Neptune“ nach Lubmin vor Abschluss des Genehmigungsverfahrens zu verhindern. Einwände gegen das Vorhaben können noch bis zum 28. November erhoben werden, der Umwelthilfe fehlen in den Antragsunterlagen wichtige Kernaussagen. „Zum Beispiel, welche Auswirkungen der Shuttleverkehr durch den Bodden auf die Natur hat“, sagt UHI-Geschäftsführer Sascha Müller-Kraenner. „Auch eine zeitliche Befristung ist nicht aufgeführt, die sollte es in unseren Augen aber geben.“

Gegen die Errichtung von LNG Terminals in der aktuellen Energiekrise wolle er sich nicht aussprechen, er vermisse aber Transparenz und einen Plan. „Es gibt keine Gesamtplanung für LNG-Gas in Deutschland, das ist alles etwas Wildwuchs derzeit.“ Auch die Bürgerinitiative „Lebensraum Vorpommern“ mit Sitz auf Usedom kann sich nicht mit den eingereichten Unterlagen von Regas anfreunden. Die Untersuchungsräume seien zu klein gewählt und beispielsweise die Gefahrensituation im Zusammenspiel mit dem Zwischenlager nicht ausreichend betrachtet.

Der Kritik widerspricht Regas vehement. „Wir haben sämtliche Unterlagen eingereicht, unter anderem auch Untersuchungen der Auswirkungen des Schiffsverkehrs“, meint Stefan Knabe. „Außerdem haben wir die Unterlagen in enger Zusammenarbeit mit dem Stalu und den Ministerien zusammengestellt. Die Akten sind 1060 Seiten dick.“

Auch Pressesprecher Sebastian Frauenlob stößt ins gleiche Horn. „Wir haben ein Verfahren gewählt, was nicht nur am schnellsten zu realisieren ist, sondern auch am wenigsten Auswirkungen auf die Umwelt hat. Vergleichen Sie das mal mit einem Pipelinebau“, meint er. „Es handelt sich um sechs Schiffsbewegungen pro Tag, drei rein, drei raus. Ich finde, man soll-

te das auch ins Verhältnis setzen zur Wichtigkeit dieses Vorhabens.“ Über die Regasifizierungsleistung der „Neptune“ sollen Jährlich zwischen 4,5 und bis zu 5,2 Milliarden Kubikmeter Gas eingespeist werden können, das entspricht nach Angaben von Regas dem geschätzten Verbrauch von 8 Millionen Menschen beziehungsweise 2,5 Millionen Haushalten im Jahr.

Doch auch wenn in den nächsten Tagen alles ganz schnell gehen sollte und die Genehmigungen vorliegen: Bevor die „Neptune“ Lubmin durch die flachen Boddengewässer anlaufen kann, muss sie sich in Mukran einer „Schlankheitskur“ unterziehen. „Hier wird die „Neptune“ geleichtert, also zum Beispiel von Ballastwasser befreit, um weniger Tiefgang zu erreichen“, beschreibt Pressesprecher Sebastian Frauenlob. „Bei 9,22 Meter liegt sie jetzt - 5,22 Meter Tiefgang ist das Ziel“. Außerdem wird in Mukran noch ein Rohradapter installiert, um in Lubmin einen passgenauen Anschluss an das landseitige Rohrsystem herzustellen. Die Strecke nach Lubmin soll die „Neptune“ teilweise aus eigener Kraft zurücklegen können, spätestens mit der Einfahrt in den flachen Bodden und der Fahrinne des Hafens Lubmin sollen dann Tow-Boats, also Schlepper, das riesige Schiff auf Kurs halten.

Das Prozedere des Einlaufens der „Neptune“ wurde

von Polizeibooten begleitet, auch Taucher hatten das Hafenbecken abgesucht, bevor das Schiff in den Hafen einlaufen konnte. „Wir haben eine andere Sicherheitslage in Europa als sonst und es geht um schützenswerte Infrastruktur“, sagt Sebastian Frauenlob. „Wir versuchen, den Spagat zwischen größtmöglicher Sicherheit und Transparenz zu schaffen.“

In der Vergangenheit war viel über die Herkunft des Flüssiggases spekuliert worden, ob dieses nicht zum Beispiel durch das umstrittene Fracking-Verfahren erzeugt wurde. „Auf die Entscheidung, wo das Gas herkommt, können wir als Firma kaum Einfluss nehmen“, erklärt Frauenlob. „Wir sind gewissermaßen nur die Tankwarte, das Gas gehört uns ja nicht. Das ist über die Regulierungsbehörde des Bundes geregelt und der Zuschlag für 80 Prozent der Menge liegt in den Händen der Bundesnetzagentur. Für 20 Prozent können wir das selbst bestimmen, diese Entscheidung steht aber noch nicht fest.“

Zitat-Text:

„Wir sind bereit und haben alle technischen Voraussetzungen geschaffen. Die Bundesnetzagentur hat uns bereits grünes Licht gegeben.“
- Stephan Knabe, Chef des Aufsichtsrates der Regas

 Ostsee-Zeitung - Rostocker Zeitung | 24.11.2022 | S. 7

 Auflage: 28.617 | Reichweite: 70.189

 Frank Pubantz

UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS

Klimastiftung: Rot-Rot blockiert die Aufklärung

Ein Untersuchungsausschuss im Landtag soll klären, wie die MV-Regierung bei deren Gründung agiert hat.

Schwere See im Untersuchungsausschuss des Landtags zu Gründung und Handeln der Stiftung für Klima- und Umweltschutz MV: SPD und Linke wollen weitere Regeln beschließen. Demnach sollen sämtliche Akten oder Gesprächsinhalte, die Geschäfts-, Steuer- oder „sonstige private Geheimnisse“ zum Inhalt haben, nicht öffentlich sein. Dies wäre ein Maulkorb für den Ausschuss, moniert die Opposition. Brisant: Der Vorschlag zur Handhabung von geheim zu haltenden Inhalten im Ausschuss stammt von der Regierung, die eigentlich unter die Lupe genommen werden soll.

Ein Untersuchungsausschuss gilt als „schärfstes Schwert“ des Landtags - ausgestattet mit Befugnissen wie Staatsanwälte. Ein Schwert des Parlaments, das etwaige Verstöße der Regierung aufdecken will. FDP, Grüne und CDU haben den Ausschuss im Frühjahr durchgesetzt. Doch die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder stellen SPD und Linke - die Koalition.

Rot-Rot hat also das Sagen im Ausschuss, der vor allem das Handeln von SPD-Regierungsmitgliedern, wie Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und Infrastrukturminister Christian Pegel, zu Stiftung, Nord Stream 2 und möglicher Nähe zu Russland beleuchten soll. Auch im Visier der Opposition: der frühere Bundeskanzler Gerhard Schröder („Gas-Gerd“) als Gaslobbyist Russlands. Zudem solle geklärt werden, ob es „politische Vorteilsnahme“ gab. Dubioses russisches Geld etwa.

Dabei standen SPD und Linke im Ausschuss bisher meist auf der Bremse. Beispiele: Im Mai verringerten sie die Größe und damit die Schlagkraft des Ausschusses. Im Juni verlängerten sie die Frist für die Regierung zur Vorlage von Akten bis Ende 2022. Im August setzten sie durch, dass Zeugenbefragungen durch Mehrheitsbeschluss unterbrochen werden können - für die Opposition verfassungswidrig, da Abgeordnete in ihren Rechten beschnitten würden.

Nun also sollen große Teile der Ausschussarbeit geheim bleiben, „nicht öffentlich“, wie es im Antrag von SPD und Linke heißt. Finanzministerium und Staatskanzlei wiesen zuvor darauf hin, dass beim Schutz von Geheimnissen nachgebessert werden sollte. Die Aufklärer der Opposition sind auf der Palme. „Wer noch einen weiteren Beleg dafür gebraucht hat, dass Rot-Rot offensichtlich alles versucht, um die Ereignisse rund um Nord Stream 2 und Klimastiftung zu vertuschen, erhält ihn jetzt“, erklärt Hannes Damm (Grüne). Sollte Rot-Rot den „skandalösen Antrag“ tatsächlich durchdrücken, „wird eine umfassende öffentliche Aufklärung nicht mehr möglich sein“, so Damm. „Die Verhinderungstaktik vor allem der SPD geht in vollem Tempo weiter“, erklärt Sebastian Ehlers (CDU). Jetzt solle „auf Wunsch der Landesregierung fast die gesamte relevante Arbeit des Ausschusses zur Geheimsache erklärt werden“.

Sollte sich der Ausschuss „dem Willen der Regierung unterwerfen“, so Ehlers, „dann kann man’s eigentlich auch gleich lassen“.

Dabei regelt ein Gesetz für Untersuchungsausschüsse bereits den Geheimnisschutz. Wozu also der Beschluss? Rot-Rot wolle zermürben, heißt es aus der Opposition. Um sich zu wehren, müsse man vor Gericht ziehen. Wenn nötig, jedes einzelne Mal.

René Domke (FDP) findet es besonders „schwierig“, dass Rot-Rot den Schutz privater Geheimnisse fordert. „Darunter kann man im Zweifel alles fassen.“

Die SPD-Fraktion weist den Vorwurf zurück, Abgeordnete in ihren Rechten beschneiden zu wollen. Eine Sprecherin teilt aber mit: Man habe den Vorschlag der Regierung zum Geheimnisschutz „als Antrag eingereicht“. Dies sei eine „Diskussions- und Beschlussgrundlage“.

Zehn-Punkte-Plan für Energiesicherheit: Union fordert Rückkehr zur Atomkraft

Mehr Ökostrom, mehr Flüssiggas – vor allem aber mehr Atomkraft: Mit einem Zehn-Punkte-Plan fordert die Union die Bundesregierung auf, besser für die Energiesicherheit im nächsten Jahr zu sorgen. Zentral ist dabei die Kernkraft – inklusive neuer Brennstäbe, Reaktivierung stillgelegter AKW und ausgesetzter Sicherheitskontrollen.

Berlin. Für eine sichere Energieversorgung im kommenden Jahr fordert die CDU/CSU-Fraktion eine befristete Rückkehr zur Atomkraft in Deutschland. Das geht aus einem Antrag hervor, den die Union an diesem Donnerstag in den Bundestag einbringen will und der dem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) vorab vorliegt.

Der Entschließungsantrag der CDU/CSU enthält einen Zehn-Punkte-Plan, der unter anderem fordert, die aktuelle Begrenzung der Biomasseerzeugung und des Solarstromausbaus zu beenden sowie den kurzfristigen Flüssiggaseinkauf im Ausland zu forcieren und die schnelle Inbetriebnahme bestehender Kohlekraftwerke zu erleichtern. Vor allem aber will die Unionsfraktion mindestens zwei weitere Jahre lang auf eine Rückkehr zur Kernenergie setzen.

So kritisiert die Union das aus ihrer Sicht intransparente Vorgehen des Wirtschaftsministeriums bei den Stresstests zum Bedarf an Atomstrom in diesem Jahr. Die Entscheidung für „die befristete Verlängerung der drei am Netz befindlichen Kernkraftwerke“ bis nach Ostern wurde „zu spät und zu zaghaft“ getroffen, heißt es in dem Antragsentwurf. Da zudem die Wirtschaftsweisen damit rechnen, dass die Energiekrise bis mindestens 2024 anhält, komme der Atomausstieg zudem zu früh.

„Ein Industrieland wie Deutschland braucht sichere und bezahlbare Energie“, sagte der für Energie zuständige Unionsfraktionsvize Jens Spahn dem RND. „Die Ampel handelt bisher zu oft zu spät, halbgar und inkonsequent“, begründete er die Erstellung des Zehn-Punkte-Plans. „Dazu gehört ein neuer, unabhängiger Stresstest, bevor die Kernkraftwerke abgeschaltet sind“, so Spahn.

Der neue Stresstest soll nach Wunsch der Union die Energieversorgung für den Winter 2023/24 prüfen und

müsse von der Bundesregierung „bei den Übertragungsnetzbetreibern noch im Dezember 2022“ beauftragt werden und auch Erwägungen zur Preisentwicklung einbeziehen.

Unabhängig von diesem Stresstest fordert die Union, „die Berechtigung zum Leistungsbetrieb der drei Kernkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland (...) bis zum 31. Dezember 2024 zu verlängern“. Diese Befristung müsse bis Ende August 2024 überprüft werden. Wenn Energiebedarf, Klimaziele und Preisentwicklung es erfordern, müsse der Bundestag dann „über eine weitere Verlängerung der Befristung der drei Kernkraftwerke“ entscheiden.

Weiterbetrieb mit neuen Brennelementen

Weil die letzten drei deutschen AKW auf Ampelbeschluss nur noch das restliche vorhandene Brennmaterial nutzen dürfen, ruft die Union die Bundesregierung auf, „die Beschaffung neuer Brennelemente sicherzustellen, um einen befristeten Weiterbetrieb der Kernkraftwerke bis zum 31. Dezember 2024 zu gewährleisten“.

AKW-Laufzeitverlängerung: Wie (un)sicher ist das eigentlich?

Dazu müsse man zudem die derzeit bis Ostern ausgesetzte und nach EU-Vorgaben seit drei Jahren überfällige „Periodische Sicherheitsüberprüfung“ der AKW bis Ende 2023 verschieben.

Mehr noch: Die CDU/CSU fordert, den Rückbau der bereits vor einem Jahr stillgelegten AKW Brokdorf, Grohnde und Grundremmingen C „unverzüglich zu stoppen“. „Die Wiederinbetriebnahme dieser Kernkraftwerke muss vor dem Hintergrund der technischen Machbarkeit sowie von Bedarf und Stabilität des Stromsystems geprüft werden“, so das Papier,

über das an diesem Donnerstag im Bundestag abgestimmt werden soll.

”Ein Industrieland wie Deutschland braucht sichere und bezahlbare Energie.” - Jens Spahn, Stellvertretender Unionsfraktionsvorsitzender

Zitat: